

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

01-03 /2019 / Nr. 65

EU-NEIN-KANDIDATUR

Endlich eine Alternative zu den Mitläufern im EU-Parlament!

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

„Das Schlechteste, das man tun kann, ist nichts zu tun“, ist einer der bekannten Sprüche aus dem Mund von Pädagogen. Und daran ist viel Wahres.

Jedenfalls haben wir uns im *Neutralen Freien Österreich* das zu Herzen genommen und nach gründlichem Abwägen aller Pro- und Contra-Argumente und vielen Gesprächen mit mehreren EU-kritischen Organisationen uns entschieden, in einem **Zweier-Wahlbündnis** mit der gleichgesinnten **Initiative Heimat & Umwelt**, geführt von der sehr erfahrenen Obfrau **Inge Rauscher**, zur EU-Wahl im Mai anzutreten. Sie wird auch als erst-gereichte Kandidatin der aufgrund gesetzlicher Vorgaben neu gegründeten Partei **EU-NEIN** „ins Rennen gehen“. An die zweite Stelle haben die Vertreter beider Organisationen meine Person gereiht, wobei mir auch die Aufgabe des Parteivorsitzes von **EU-NEIN** anvertraut wurde. Unter der kurzen Listenbezeichnung **EU-NEIN** haben wir das Bündnis inzwischen bekannt gemacht und es wird am Stimmzettel und auf der U-Erklärung auch die Langbezeichnung: *EU-Austritt, Einwanderungs-Stopp, Direkte Demokratie, Neutralität* aufscheinen.

Die Gründe, die uns bewogen haben, zu dieser „Europawahl“ anzutreten, sind nachfolgend (auf Seite 2) nachzulesen. Finanzielle Überlegungen haben uns dabei nicht geleitet, denn wir, NFÖ und IHU, haben eine Vereinbarung getroffen, dass ein Mandatar 40% seines Nettoehalts



*Kundgebung „Wahlkandidatur der EU-NEIN“ gegenüber dem „Haus der Europäischen Union“ in Wien am 17. 1.2019.
Von links: Inge Rauscher, Rudolf Pomaroli, Renate Zittmayr.*

Bild: Peter Gajdasic

in einen Fonds für soziale und sinnvolle demokratiepolitische Projekte einzahlen muss. Zusätzliche Beiträge auf freiwilliger Basis sind selbstverständlich möglich. Damit kommen die von Österreich geleisteten EU-Beitragszahlungen wenigstens zu einem kleinen Teil zurück. Wichtigste Voraussetzung, damit **EU-NEIN** (www.eu-nein.at) bei dieser Wahl auf dem Stimmzettel steht, ist die Einreichung von **2.600 Unterstützungserklärungen** (UE) mit dem Wahlvorschlag, bis zum 12. April.

Liebe Leser, Sie haben sicher bereits die zwei beiliegenden Flugblätter mit dem UE-Formular entdeckt. Im hellblauen Teil finden Sie eine Anleitung zum Ausfüllen.

Wir haben jetzt entsprechend dem Gesetz vom **12. März bis zum 8. April** Zeit zum Sammeln. Um diese Frist zu verlängern, besteht die Möglichkeit, dass Unterstützer bereits ab ersten März zu den Gemeindeämtern bzw. Magistraten gehen und dort ihre Unterschrift in der oberen

Hälfte der UE bestätigen lassen und das Blatt so an uns senden. Die Bestätigung der unteren Hälfte der UE, die Kontrolle der Eintragung in das Wählerverzeichnis, würde dann von uns rechtzeitig übernommen werden.

Selbstverständlich können Sie auch Kopien vom Unterstützungsformular anfertigen oder von einer unserer Netzseiten herunterladen und diese weitergeben.

Inhalt

- EU-Nein-Kandidatur 1-2
- Warum treten wir bei der EU-Wahl an? 2
- EU-Migrationspolitik und Brexit.... 2-3
- EU - die Agentur der Konzerne 3
- Die verlogenen Argumente..... 3
- Lesens,- sehens,- hörens-wert... 4
- Wussten Sie? 4-6
- Lesermeinungen 6-7
- Positives, Erfreuliches 7-8
- Veranstaltungen, Impressum S.8

*Nichts ist mächtiger
als eine Idee,
deren Zeit gekommen ist.*

Victor Hugo

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wir senden Ihnen auch gerne Verteilmaterial in größeren Mengen zu.

Ich möchte Sie auch ermutigen, sich für **wahlwerbende Aktivitäten** in Ihrer Nähe zur Verfügung zu stellen, z.B. Flugzettel verteilen oder Infostände mitbetreuen. Kontaktdaten finden Sie auf dem Flugblatt unten.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Am **9. März**

findet in Salzburg die **NFÖ-Bundesversammlung** statt, eine gute Gelegenheit Inge Rauscher kennen zu lernen, die für uns ein Impulsreferat halten wird. Auch Gäste sind herzlich eingeladen. Genaueres findet sich bei den Veranstaltungshinweisen auf der letzten Seite.

Weil wir gezwungen sind für die Wahlwerbung außerordentliche Mittel ein-

zusetzen, die deutlich über unser Standard-Budget hinausgehen, und wir alles ohne staatliche Fördergelder bewältigen müssen, darf ich Sie dieses Mal um großzügige finanzielle Unterstützung unseres Vorhabens bitten. Mit großem Dank im Voraus,

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli

Warum treten wir bei der „Europawahl“ an ?



Inge Rauscher,

Nachdem die beiden Gruppierungen des Bündnisses **EU-NEIN**, die *Initiative Heimat & Umwelt* von Obfrau Inge Rauscher (Dipl. Englischdolmetscherin) und wir vom *Neutralen Freien Österreich* in den letzten Jahr-

zehnten in Österreich bereits einiges an Aufklärungsarbeit für unsere Anliegen und Ziele, letztlich die Wiederherstellung einer ausgewogeneren und gerechteren politischen und wirtschaftlichen Ordnung, geleistet haben, die allen unseren Erfahrungen gemäß nur durch einen **Austritt aus der EU** realisierbar ist, soll unsere Arbeit jetzt gleichsam auf einer „höheren Ebene“ mit wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten fortgesetzt werden. Dabei geht es nicht mehr nur um Österreich. Es gibt in jedem EU-Land nicht nur blindgläubige Anhänger der EU mit ihrem Herrschaftsanspruch und ihren Machenschaften, sondern auch ein in seinem Ausmaß unterschiedlich ausgeprägtes Potential an Kritikern, Gegnern und Austrittsbefürwortern.

Wenn das EU-Parlament per offizieller Definition eine Vertretung **aller** Bürger sein will, dann muss in Zukunft in ihm auch eine entsprechende Anzahl aus dieser Gruppe vertreten sein und ihre Anliegen mit der damit verbundenen Öffentlichkeitswirksamkeit kundtun können. Echte, d. h. direkte Demokratie als Ergänzung zur parlamentarischen, Einwanderungsstopp, tatsächliche Neutralität mit ihrer friedens-

stiftenden Wirkung, ständige Kontroll- und Schutzmaßnahmen an unseren Grenzen, Durchbrechung der Wirtschaftsdictatur der multinationalen Konzerne und der Finanzindustrie, Anprangerung des massiven Verlusts an Selbstbestimmung sind auch für andere Länder erstrebenswert. Nach einer erfolgreichen Wahl könnten wir diese in Österreich erarbeiteten Positionen, vermutlich durch Mitarbeit in der sich anbietenden Parlamentsfraktion *Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD)*, weitertragen.

Wir werden uns für die Souveränität Österreichs und aller EU-Länder, sowie für den Wiederaufbau einer funktionierenden, umweltschonenden Volkswirtschaft einsetzen, **die auf Regionalität und Kleinstrukturierung statt Globalisierung und undurchsichtiger Gigantomanie aufbaut**. Die bestehenden großen Parteien, egal ob „rechts“ oder „links“ haben in allen diesen der Bevölkerung unter den Nägeln brennenden Themenbereichen versagt.

Wir wollen auch das **Schweigekartell dieser Parteien brechen**. Durch Vertretung im EU-Parlament bekommen wir Zugang zu wichtigen und brisanten Informationen über wichtige Vorhaben von EU-Kommission und -Rat, über ihre Mauseheleien, Korruptionsaffären und faulen Kompromisse. Diese wollen wir möglichst bereits im Anfangsstadium an die Bürger weitergeben, sodass, falls notwendig, rechtzeitig Diskussionen darüber in der Öffentlichkeit und nicht nur hinter ver-

So können Sie wertvolle Wahlhilfe leisten

Bitte helfen Sie mit, das Wahlbündnis überall bekannt zu machen – Leserbriefe, auch an kleine, regionale Zeitungen, sind dafür besonders gut geeignet. Geben Sie Unterstützungserklärungen an Freunde weiter und, wenn es Ihnen möglich ist, unterstützen Sie unsere Arbeit auch finanziell.

schlossenen Türen geführt werden, wie es zu einer richtigen Demokratie gehört. Das hat auch eine Korrekturfunktion. Es darf nicht mehr vorkommen, dass so weitreichende Entscheidungen wie die Errichtung einer Mittelmeerunion, der Abschluss von Migrations- und Freihandelsabkommen, der Beschluss von Wirtschaftsanktionen gegen die Russische Föderation u. dgl. völlig an der Öffentlichkeit vorbei getroffen werden und der Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt wird ohne gewusst zu haben, welche Zusagen und Verpflichtungen zu seinem Nachteil seine „Vertreter“ eingegangen sind.

Durch die Teilnahme an einer Wahl erreichen wir ein höheres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Dadurch können wir wirksamer als im politischen Alltag **Einfluß auf den Meinungsbildungsprozess für die richtige Sache** und Druck auf die EU-hörigen „Eliten“ ausüben.

EU-Migrationspolitik und Brexit hängen zusammen

Wer sich etwas intensiver mit der Rolle der politischen Entscheidungsträger im Bereich der Massenmigration beschäftigt, wird unschwer feststellen, dass das Geschehen der letzten Jahre weder ein Zufall war, noch überraschend kam, sondern durchaus **gewollt und geplant** war und weiterhin von den beiden Hauptagiteuren UNO und EU vernetzt organisiert wird.

Zahlreiche „Gipfel“, Treffen auf Ministeriebene, Fachleutekonferenzen, Deklarationen, Aktionspläne und „Prozesse“, wie der Barcelona-Prozess (1995), der Rabat-Prozess (2006), die Gründung einer regelrechten Mittelmeerunion zwischen der EU und 15 Mittelmeer-Anrainerstaaten (2008), der Khartum-Prozess mit ostafrikanischen Ländern (2014) bis hin zur Marrakesch-

Deklaration (2018) geben davon Zeugnis, welche große Bedeutung die Brüsseler Politik diesem Thema seit Jahrzehnten mit zunehmender Verbohrtheit beimisst.

Sie geht dabei von der völlig unbewiesenen und jeder ernstzunehmenden Kulturtheorie und der Zivilisationsgeschichte widersprechenden Grundannahme aus, dass Massenmigration für beide Seiten etwas Posi-

(Fortsetzung auf Seite 3)

tives sei. Man müsse sie nur entsprechend organisieren. Letzten Endes verbirgt sich dahinter das ideologische Konstrukt des EU-„Gründervaters“ und Karlspreisträgers Richard Coudenhove-Kalergi, der in seinem Machwerk Praktischer Idealismus (1925) für sein Paneuropa von einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse schwärmt. Die Realisierung dieser Pläne hat sich die EU offenbar auf ihre Fahnen geschrieben. Nun kann man davon ausgehen, dass nicht alle, vor allem nicht die einheimischen europäischen Völker mit diesen Plänen, d. h. mit ihrem eigenen Untergang einverstanden sein werden. Die Briten scheinen diesen Zusammenhang bereits begriffen zu haben, denn die durch die EU bedingte wachsende Überfremdung, nicht nur durch andere Europäer, sondern vor allem durch nicht-europäische Zuwanderer, war ein wesentliches Motiv für die Zustimmung zum Brexit. Sie ist auch der

entscheidende Grund für den derzeitigen Widerstand gegen den Deal der Regierung unter Theresa May mit der EU. Dieser sieht nämlich weiterhin die Einhaltung der EU-Regeln mit unkontrolliertem Personen- und Warenverkehr vor, solange das Problem mit der Grenze zwischen dem zu Großbritannien gehörigen Nordirland und der Republik Irland nicht gelöst ist („Backstop“). Und das kann lange dauern. Zur Not kann man mit neuen Bombenanschlägen nachhelfen. Großbritannien darf auch weiter an die EU zahlen. Nur mitbestimmen darf es nicht mehr. Wie soll durch einen solchen Vertrag ein Land wieder seine Selbständigkeit und Handlungshoheit zurückgewinnen? Man hat den Eindruck, dass die EU, mit



Junge Menschen stehen in London anklagend auf der Straße. Sie demonstrieren mit leeren Schachteln gegen das in der Nordirland-Frage unberechenbare Abkommen von May mit der EU. - screenshot

dem **Faustpfand Nordirland** in der Hand, den Austritt Großbritanniens mit geradezu erpresserischen Methoden so schwierig und langwierig wie möglich machen möchte, damit etwaige „Nachahmungs-täter“ abgeschreckt werden. Diese haben aber kein Nordirland.

Quellen: icmpd.org; journalistenwatch.com; srf.ch; krone.at

Europäische Union – die Agentur der Konzerne

Die EU arbeitet nach dem Prinzip des Stärkeren, Schnelleren, Schluaren, Brutaleren, Skrupelloseren, das in der Phrase des „Wir wollen im globalen Wettbewerb die Stärksten werden“ seinen Ausdruck findet. Nachdem in allen Entscheidungen der EU zualtererst der ökonomische Nutzen Berücksichtigung findet, d.s. die Profite internationaler Großkonzerne, wie sie im European Round Table of Industrialists (ERT) vertreten sind, kann sich das Berufs- und Wirtschaftsleben nur in Richtung „vernichtend, mörderisch“ entwickeln. Am einfachsten kann die Ausschaltung der Konkurrenz durch Erreichen einer „Too-big-to-fail-Größe“ (zu groß, um zu scheitern) erreicht werden, während es seit 1995 bei den niedrigen und mittleren Arbeitseinkommen keinen nennenswerten Zuwachs gegeben hat.

Dabei helfen Politiker, die an ihren Eigeninteressen orientiert sind. Gerade in Brüssel sitzen Politiker, die korruptionsanfällig und national nicht kontrollierbar sind, sodass es die Großen nicht schwer haben sich durchzusetzen. „Macht korrumpiert, absolute Macht

korrumpiert absolut.“ Eine solche Konstellation über die Köpfe der Bürger, den eigentlichen Trägern der Souveränität, hinweg führt unausweichlich zu einer Diktatur. Diktaturen haben in Europa keine Zukunft.

Insofern ist diese ERT-konstruierte Europäische Union keine geeignete Vertreterin der Bürger Europas. Sie gehört raschest ersetzt durch einen Zusammenschluss der europäischen Länder in einer demokratischen Allianz, z. B. zu einem Europa der Demokratien nach Jens Bonde oder der EFTA, denen unabhängig von ihrer Größe nach dem Vorbild des Schweizer Bundesstaates im Verhältnis zu den Kantonen größtmögliche Souveränität und Einspruchsmöglichkeit zugesprochen wird.

Im Rückblick auf die fast 25 Jahre EU-Mitgliedschaft wagen wir zu behaupten, dass die EU für die europäischen Völker kein Raum der Freiheit und Selbstbestimmung ist, sondern von Anfang an als ein Instrument zur politischen Durchsetzung der Interessen der Großkonzerne geplant war. Sie wird als solche keinen Bestand haben.

Die verlogenen Argumente des Bevölkerungsrückgangs und Fachkräftemangels

Von den Befürwortern der Masseneinwanderung, vor allem von Seiten der Industrie, wird immer wieder das Argument der Notwendigkeit des Ausgleichs des Bevölkerungsrückgangs und Fachkräftemangels ins Feld geführt. Dabei ist es eine allgemein feststellbare Tatsache, dass Zuwanderer aufgrund kultureller und sprachlicher Differenzen, aber auch mangelnder Integrationsbereitschaft nicht das fehlende Beziehungsnetz unter Einheimischen, vor allem unter Familienmitgliedern ersetzen können. **Migranten sind kein Ersatz für eigene Kinder.** Es ist auch kein Problem in einem mäßi-

gen Bevölkerungsschwund im dicht besiedelten und verstäderten Mittel- und Südeuropa zu sehen, außer für die den Fetisch Wirtschaftswachstum anbetende Industrie, denn dieses lässt sich bei einer stagnierenden Bevölkerung nur schwer erreichen. **Dafür würden Mensch und Natur aufatmen.**

Wieso es bei 350 000 registrierten Arbeitslosen (ca. 5 % nach der internationalen Berechnung, nach der österreichischen fast 9%) bei nur 65 000 offenen Stellen einen Fachkräftemangel geben soll, hat zumindest Erklärungsbedarf. In Wahrheit geht es der Industrie um

Gewinnmaximierung durch Lohndumping – ein großes Arbeitskräfteangebot reduziert den Lohn – und weitgehende Verweigerung der kostspieligen Fachkräfteausbildung. Das österreichische Fachkräftepotential wäre auf jeden Fall vorhanden, die Industrie möchte sich die fertig ausgebildeten Fachkräfte aber lieber aus Ländern holen, die diese selbst dringend benötigen. Das ist Diebstahl und parasitär. Die Argumente Bevölkerungsrückgang und Fachkräftemangel dienen also dazu, die wahren – egoistischen – Absichten zu verbergen. *nos* (Quelle: de.statista.com)

Von den Medien ignorierte Fakten zum Brexit



Der harte Brexit ist auch nicht so sicher ökonomischer Selbstmord, wie sie (viele Medien; Red.) behaupten. Denn obwohl er nun bereits seit 2016 im Raum steht und zunehmend als wahrscheinlich angenommen wird, haben sich Großbritanniens **Wirtschaftsdaten nirgendwo verschlechtert**: Das BIP ist auch 2018 um satte 3,2 Prozent (weit besser als das deutsche) gewachsen; Arbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldung sind zurückgegangen; die Inflation ist mäßig geblieben; die Immobilienpreise, von denen man dachte, dass sie einbrechen würden, weil so viele Geldinstitute abwandern, sind leicht gestiegen.

Nicht dass ich die Probleme der abrupten Scheidung kleinreden wollte, aber man soll sie auch nicht großschreiben: Natürlich ist es auch möglich, den gegenseitigen **Handel gemäß den Regeln der WTO** statt der Zollunion abzuwickeln und natürlich kommt er mit dem Brexit nicht völlig zum Erliegen. Zudem gehört Britannien zu den Ländern, die schon jetzt mehr Handel mit Ländern außerhalb als innerhalb der EU betreiben, so dass es das Handelsvolumen, das es bei der EU verliert, durchaus im Handel mit dem Commonwealth, Asien und Nordamerika aufholen kann.

Die EU, voran Deutschland, exportiert jedenfalls mehr nach Britannien als dieses in die EU – sie muss also das größere Interesse haben, mehr dieses gegenseitigen Handels zu erhalten. Wenn sie den harten Brexit nicht will, wird sie sich also sehr wohl bewegen müssen. So sehr sie ein Exempel statuieren will, sollte sie vermeiden, dass daraus ein Bumerang wird: Dass sich herausstellt, **dass Großbritannien leichter ohne EU auskommt, als die EU ohne Großbritannien.**

Peter Michael Lingens (Auszug aus „Die EU könnte sich verschätzen“) - (Hervorhebungen durch Red.)

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Der Globalismus bedroht nicht nur den Mittelstand, sondern auch Freiheit und Demokratie**
Zeitungsartikel der „Zeit-Fragen“, Schweiz, Autor Prof. Eberhard Hamer <https://www.zeit-fragen.ch>
- **Venezuela: Warum informieren Medien nicht über das Völkerrecht?** (Artikel)
<https://www.infosperber.ch/>
- **Umstellung auf Smart Meter: Die große Kostenlüge**
http://www.stop-smartmeter.at/Infos/2019_01_Rechnungshofbericht.pdf
- **Angela Merkel, die “ Mutter des Brexits“.** (Video) Rede von Nigel Farage bei der “Aussprache mit der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland Angela Merkel über die Zukunft Europas” am 13. November 2018 im EU-Parlament in Straßburg <https://www.youtube.com/watch?v=8yRup3AdJfl> (**knapp drei Minuten: von 1:14:52 bis 1:17:26**)
- **Den Zeitfressern Grenzen setzen** (Artikel) Plädoyer für einen vernünftigen Umgang mit Medien im Zeitalter der Informationsüberflutung www.vision2000.at
- **Die Rothschild-Kontrolle.** Liste von Banken im Besitz oder unter Kontrolle der Rothschilds (Video)
<https://www.kla.tv/13533> (Dokumentarfilm)



Wussten Sie.....?

Keine Sicherheit für Sparer

Die Anfang Jänner in Kraft getretene Neuordnung des österreichischen Einlagensicherungssystems soll ein Anlass sein, um über einige grundlegende Sicherheitsaspekte für Kundeneinlagen nachzudenken.

Wenn jemand sein Geld einer Bank anvertraut, muss er wissen, dass er dadurch **kein Eigentumsrecht** mit entsprechendem juristischen Durchsetzungsanspruch mehr hat, sondern nur mehr eine **Forderung an die Bank**. Diese ist nur verpflichtet, die Forderung in einem ihr

möglichen Rahmen zu bedienen, wobei der Zeitfaktor eine gewisse Rolle spielt. Und das auch nur bis zu einer Obergrenze von 100 000,- Euro.

Derzeit verfügt das österreichische Einlagensicherungssystem über Finanzmittel in der Höhe von 670 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die Österreicher besaßen 2016 ein Sparguthaben von 625 Milliarden Euro, also grob gerechnet das Tausendfache bzw. beträgt die Einlagensicherung nur 0,1% des Sparvolumens. Wie soll unter diesen Umständen bei ei-

ner Krise oder einem Bankensturm der Sparer sein Geld zurück erhalten, selbst wenn bis Juni 2024 die Einlagensicherung auf 1,7 Milliarden ansteigen soll?

Man kann sich vor diesem Hintergrund vorstellen, welche weitere Ausdünnung der Ansprüche und erhöhtes Risiko vor allem der Einleger der Nettozahler-Länder wie Österreich durch das im Zuge der Bankenunion der Euroländer angestrebte gemeinsame Einlagensicherungssystem erfolgen wird.

Quelle: deutsche-wirtschafts-nachrichten.de

Was kümmert mich die Neutralität, wenn ich so gerne Krieg spielen würde

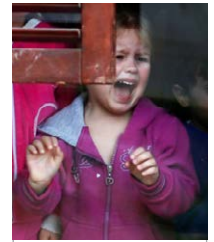
Provokante Aussagen lieferte die Spitzenkandidatin der NEOS zur kommenden EU-Wahl in einem ORF-Interview: Claudia Gamon sagte in der „ZiB 2“, dass ihre Fraktion die Neutralität Österreichs für „überholt“ hält. Die NEOS wären auch für eine EU-Armee und für Steuern, die Brüssel direkt einhebt. „Wir sind für die Vereinigten Staaten von Europa.“

Eine vom Meinungsforscher Peter Hajek durchgeführte Umfrage für ATV zeigte im Oktober 2018, dass den Österreichern die Neutralität extrem wichtig ist: Für 73 Prozent ist die Neutralität nach wie vor zeit-

gemäß, nur 20 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt. Hajek: „Diese Zustimmung zur österreichischen Neutralität ist seit Jahrzehnten ungebrochen und ist ein ganz wichtiges Identitätsmerkmal der österreichischen Republik.“ (krone.at, 29.1.2019)

Beruhn die Aussagen von Frau Gamon auf Unwissenheit, fehlender Erfahrung mit Krieg, oder gar fehlender Empathie gegenüber möglichen Kriegsoptionen, die unvorstellbares Leid ertragen müssten? Weiß Frau Gamon nicht, dass wir letztlich dem Neutralitätsstatus unseren Frieden verdanken, dass Österreich

ohne dieses Friedensinstrument so wie Deutschland als Nato-Mitglied am Hindukusch, im Irak und in Syrien an Kriegen teilnehmen müsste, dass wir Menschen töten müssten, die uns weder angegriffen noch auf irgendeine Weise gezeigt haben, dass sie einen Krieg gegen unser Land führen wollen?



Kind aus dem Ex-Jugoslawienkrieg 1999 - screenshot

Wird die österreichische Politik von außen gesteuert?

Es mutet seltsam an, dass zahlreiche österreichische Regierungschefs und Minister engen Kontakt zur Gruppe der Bilderberger hatten und noch haben. Noch seltsamer ist es, dass nicht wenige nach dem Erstkontakt genau in dieses Spitzenamt (von der Partei – nicht vom Volk!) gewählt wurden.

Alle diese Herren waren Bilderberg-Konferenzteilnehmer, zum Teil regelmäßige. Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen, vor allem, wenn dort die Öffentlichkeit rigoros ausgeschlossen ist? Kann es da mit rechten d.h. mit demokratisch-transparenten Dingen zugehen, oder haben die Bilderberger so viel Macht und Einfluss, dass sie z.B. über ihr mediales Netzwerk bestimmte Personen den Parteien als Regierungschefs nachdrücklich „empfehlen“ können? Übrigens hat auch Pamela Rendi-Wagner zur Bilderberg-Konferenz in Turin im Juni 2018, damals noch einfache SPÖ-Nationalratsabgeordnete, eine Einladung erhalten. Ein halbes Jahr später wurde sie SPÖ-Vorsitzende. Man darf gespannt sein, wie sich ihre politische Karriere weiter entwickelt.

Bilder: kla.tv. - screenshot

Wird die österreichische Politik von außen gesteuert?

- HANNES ANDROSCH** SPÖ
1976 - 1981 VIZEKANZLER
REGELMÄSSIGER TEILNEHMER DER BILDERBERG-KONFERENZ
- BRUNO KREISKY** SPÖ
1980 - 1983 BUNDESKANZLER
TEILNEHMER BILDERBERG-KONFERENZ 1979
- ALFRED GUSENBAUER** SPÖ
1983 - 1986 BUNDESKANZLER
TEILNEHMER BILDERBERG-KONFERENZ 1984
- FRANZ VRANITZKY** SPÖ
1986 - 1997 BUNDESKANZLER
REGELMÄSSIGER TEILNEHMER DER BILDERBERG-KONFERENZ
- WERNER FAYMANN** SPÖ
1997 - 2000 BUNDESKANZLER
TEILNEHMER BILDERBERG-KONFERENZ 1998
- WOLFGANG SCHÜSSEL** ÖVP
1995 - 2000 VIZEKANZLER
2000 - 2007 BUNDESKANZLER
TEILNEHMER BILDERBERG-KONFERENZ 1994

Wer wie der derzeitige Bundesaußenminister Maas den Aufruf der AfD, die Deutschen sollten mehr Kinder bekommen, als „völkische Fruchtbarkeitsphantasien“ bezeichnet und sich andererseits für die Zuwanderung meist auf Lebenszeit zu alimentierender, kulturfremder Migranten mit erheblich höherer Reproduktionsrate ausspricht, der verfolgt schlicht und einfach das durch und durch rassistische Ziel eines Bevölkerungsaustauschs.

(Quelle: <https://www.fr.de/meinung/teilen-verfassungswidrig-11025969.html>
Webseite von Axel Retz)

Wird sich Kurz wie Schüssel über den Tisch ziehen lassen?

Die kurzfristig erfolgte, merkwürdige Einladung des US-Präsidenten Trump an Bundeskanzler Kurz verheißt nichts Gutes.

Man erinnert sich noch: Schüssel war „über Nacht“ nach Washington beordert worden. Vor der Öffentlichkeit wurden die Gesprächsinhalte geheim gehalten. Allerdings erfuhr sie bald darauf, dass Österreich 1,75 Milliarden Euro an den Irak verschenkt, also Schulden erlassen hatte, obwohl der Irak sie leicht mit Öl begleichen hätte können. Diesen „Solidarbeitrag“ für die US-Kriegsführung

dürfte wohl Bush dem „braven“ Schüssel abverlangt haben.

Im Bild sieht man einen siegesgewissen Bush und einen Schüssel, dem es nur schwer gelang, seine Gefasstheit aufrecht zu erhalten.

Welche Weisungen wird nun der von Präsident Trump eingeladene BK Kurz erhalten? Ob er sie der Öffentlichkeit auch vorenthalten wird?



Ex-BK Schüssel bei US-Präsident Bush jun. – 8. Dezember 2005

Bild: White House Photo – Eric Draper

Mobilfunkgeneration 5G - potenzierte Strahlenbelastung und Türöffner zur Totalüberwachung



Erst allmählich erreicht eine auf uns zukommende große Gefahr unser Bewusstsein. Es geht um die neue Mobilfunkgeneration 5G, die auf ungleich stärkerer hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung basiert und eine wesentlich höhere Dichte an Sendemasten und Sendeanlagen, z. B. unter Kanaldeckeln und an Laternen in einem maximalen Abstand von 100 Metern(!), zur Voraussetzung hat. EU, Wirtschaft, Techniker und Politiker, sind bereits begeistert. Damit wird das „Internet aller Dinge“ möglich, alles kann mit allem vernetzt werden, PC, Mikrofone, Kameras, Mikrochips, Kreditkarten, alles kann miteinander kommunizieren. Deutschland hat bereits angekündigt, bei dieser Technologie „ganz vorne mit dabei zu sein, Weltspitze

zu werden“. Bereits im heurigen Frühjahr soll mit der Versteigerung der entsprechenden Frequenzbereiche begonnen werden. 2022 sollen 98% der Haushalte angeschlossen werden. Auch das Geld soll digitalisiert werden.

Was dabei geflissentlich verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass damit ein totales Überwachungssystem sowohl in den Häusern als auch im öffentlichen Raum Einzug hält. Wir würden ohne Entrinnen Tag und Nacht in einem Mikrowellennetz, d.h. in einem Netz von nachweislich gesundheitsgefährdenden Millimeterwellen regelrecht gefangen sein. Testversuche in den Niederlanden haben bereits Vögel vom Himmel fallen lassen. Unabhängige Mediziner schlagen Alarm.

Quellen: kla.tv/13770 „5G in China - Wenn der Staat alles sieht“, wikipedia.org.

Für alle Staaten muss das Völkerrecht in gleicher Weise gelten

Israel und Syrien sind verfeindete Länder. Während des Sechstagekriegs 1967 hatte Israel die syrischen Golanhöhen erobert und später annektiert. Bereits bei einem Besuch in Israel im Oktober hatte Merkel gesagt, dass der Iran mit Truppen nahe den Golanhöhen stehe, sei eine Bedrohung Israels. *Quelle: Orf.at, 27.1.2019*



Video-überwachter Bahnhof in Wien
12 Kameras (rote Kreise) auf engstem Raum gleichen bereits einer Totalüberwachung. Soll dadurch die Stadt sicherer werden? Wie soll das weitergehen?

Und die Raketenstellungen der Nato nahe Petersburg sowie die Aufrüstung der Ukraine mit Nato-Waffen sollen für Russland keine Bedrohung darstellen? Und soll sich Russland nicht die Krim wieder eingliedern dürfen, wo sich doch 70 Prozent der Bürger bei einer Abstimmung dafür entschieden haben?

Im 5G-Netz werden Hunderte Milliarden von Mikrochips mit Produkten verbunden sein, von Pillenflaschen bis zu Rasensprengern. Wir müssen die Vorstellung ablegen, dass die 5G-Zukunft allein für städtische Gebiete sein wird. Die 5G-Revolution wird alle Winkel unseres Landes betreffen. Wenn etwas angeschlossen werden kann, wird es angeschlossen!

Tom Wheeler, Ex-Präsident der US-Behörde FCC
(Federal Communication Commission der USA)

Wer ist der wirkliche Aggressor? Die Zahl der Militärbasen verrät es

Oft genügen wenig aufwändige Recherchen, um zu erkennen, dass die Tatsachen doch andere sind als die Medien und Politiker glaubhaft zu machen versuchen. Diese positionieren Russland immer wieder als ein Land, das Schuld ist an der

Aufkündigung des INF-Vertrages, das uns durch einen neuen Kalten Krieg bedroht, kurzum das eine Gefahr darstellt. Und plötzlich entdeckt man aussagekräftige Zahlen, z.B. zum Stichwort „Militärbasen im Ausland“. Man erfährt,

dass es inkl. Nutzungsrechte ca. 1.000 US-Militärbasen weltweit gibt. Und wie viele unterhält das aggressive Russland? Ganze 25, die meisten in den ehemaligen Sowjetrepubliken.

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Österreich wach auf!

Nach der Ablehnung des uneingeschränkten Personenverkehrs durch eine direkt-demokratische Volksabstimmung fordert die EU nun von der Schweiz den Abschluss eines Rahmenabkommens. Es soll den Schweizer Markt für Dienstleistungen aller Art, darunter fallen Schulen, Universitäten, medizinische Versorgung, Wasser- und Stromversorgung, für den

Finanzmarkt öffnen. Zugleich fordert die EU die automatische Übernahme von EU-Recht und droht im Falle einer Ablehnung mit Sanktionen. Der Bundesrat hat nun den ausgehandelten Entwurf des Abkommens zur Konsultation freigegeben und in die Vernehmlassung, d. h. öffentliche Diskussion über das Für und Wider, geschickt. Die Schweiz lässt sich nicht so leicht einschüchtern. Das letzte Wort wird

nicht die mächtige EU mit ihren Drohgebärden haben, sondern der souverän entscheidende Schweizer Stimmbürger.

Bravo Schweiz! Die wollen sich nicht erpressen lassen! Österreich wach auf! So lange wir aber noch diese korruptionsanfälligen Parteien haben, kann es allerdings kein Freies Österreich geben. Direkte Demokratie ist erforderlich!

Günter Jaschke, Schonungen, Deutschland

Informationsgesellschaft

„Die neuen Gurus der Informationsgesellschaft steuern uns durch jene virtuellen Welten, in denen wir individuell verlorener wären als auf dem großen Basar von Istanbul. Weiß Wikipedia, was wir wissen wollen, so weiß Amazon, was wir kaufen könnten, weiß Google, was wir suchen sollten, dann weiß Facebook, wen und was wir mögen müssen.“

Stephan Baier, Redakteur der Tagespost –
Quelle: Vision 2000

Holzköpfe

Warum will man in Österreich neue Abfangjäger, dieses relativ unwirksame Mittel zur Landesverteidigung, beschaffen und zudem nur einige wenige betriebsbereit halten? Im nächsten Krieg werden sie unbedeutend, genauso wie Panzer, für die wir gerade im Auftrag der USA und NATO unsere Brücken und Straßen überprüfen und verstärken sollen. Da ist es wohl besser, in flexible Boden-Luft-Raketen zu investieren, vor allem aber in ferngesteuerte Drohnen zur Abwehr von feindlichen automatisierten Kriegsgeräten. Denn Kriegeroboter werden zukünftig die Tötung der Gegner übernehmen und die „Menschen-Heere“ überflüssig machen. Man vergleiche den derzeitigen „State of Art“ (Stand der Technik) im amerikanischen Drohnen-Stützpunkt in Ramstein/BRD, bis hin zu den „organisches Material“ auslöschenden Schock- und Neutronenwellen. Lohnen sich da überhaupt

noch neue Schnellflieger, noch dazu für das schmale Österreich?

Leserbriefschreiber der Redaktion bekannt

Venezuela: Hilfslieferungen blockiert

Wenn Venezuelas Präsident Maduro die Annahme der Warenlieferungen der USA verweigert, ist das eine Blockade oder eine Verhinderung von hinterhältiger Einmischung von außen?

Die Situation erinnert mich an die Ukraine, als Russland Hilfslieferungen organisierte. Vom Westen wurde es damals als Einmischung von außen abgelehnt. Denkt man an Hiroshima und Nagasaki zweifelt man, dass es dem Westen um Hilfslieferungen für die Not leidende Bevölkerung von Venezuela geht. Worum geht es dem Westen wirklich? Um Einflussnahme, um Interesse an Bodenschätzen!

Ing. Horst G. Enenkel, Kottlingbrunn



2,6 Mio Bolivar für eine Klopapierrolle in Venezuela

Da hat die „westliche Wertegemeinschaft“ ganze Arbeit geleistet. Mit Sanktionen und Boykottmaßnahmen kann man ein Land leicht an den Rand des Ruins bringen.

Wird die EU zur Diktatur?

Diktaturen in der Vergangenheit haben auch unverdächtig und scheinbar harmlos ihren Anfang genommen. Die Nazis hatten bei den letzten freien Wahlen in Deutschland 1932 gerade einmal 32 Prozent der Stimmen erhalten. Wäre damals Deutschland eine funktionierende Direkte Demokratie gewesen, dann hätten diese

32 Prozent niemals ausgereicht um absolute Macht im Land ausüben zu können, und damit wäre uns allen der zweite Weltkrieg erspart geblieben. Leider war Deutschland keine funktionierende Direkte Demokratie, und so hat es Hitler geschafft sich im Parlament das Ermächtigungsgesetz ausfertigen zu lassen. Seine Begründung war: „Ich brauche absolute Macht, um Deutschland wieder in die Höhe zu bringen - wirtschaftlich und politisch.“ Mit diesem Putsch im Parlament, und nicht durch eine demokratische Entscheidung der Bürger, hat sich Hitler also die gesetzliche Grundlage geschaffen für alle seine später nachfolgenden Untaten. Die damalige repräsentative Demokratie in Deutschland hat sich als ungeeignet erwiesen, das Land vor der Diktatur zu schützen. Zu dumm, dass wir auch eine repräsentative Demokratie haben! Wer soll uns schützen, wenn es in Zukunft wieder zu extremen politischen Entwicklungen kommt? Helfen wird uns nur eine funktionierende Direkte Demokratie, wo die höchste Instanz im Land das demokratische Abstimmungsergebnis des Volkes ist – und kein angeblicher Volksvertreter einem Diktator zur Macht verhelfen kann.

Dr. Michael Beinl, Seitenstetten – eckzahn.at

Um die EU in ihrer Überheblichkeit und ihrem Machtstreben richtig einordnen zu können, muss man wissen, dass der EU-Gerichtshof der Europäischen Union die Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention verboten hat. Der EuGH lässt kein Gericht über sich gelten – und damit auch nicht den Menschenrechtsgerichtshof.

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Seitenstettener Tage des Aufbruchs

Miteinander wirksam sein für eine zukunfts-
fähige Finanz- und Wirtschaftsordnung

26. - 28. April 2019

Bildungszentrum St. Benedikt,

3353 Seitenstetten

<https://seitenstettener-kreis.jimdofree.com/>

Es geht auch anders – die samtene Revolution in Armenien

Auf dem Platz der Republik brach Jubel aus. Tausende Menschen schwenkten Nationalflaggen und Luftballons, fielen sich in die Arme, weinten vor Freude, skandierten „Nikol, Nikol!“. Mit der Wahl von Oppositionsführer Nikol Paschinjan im Dezember des Vorjahres hat sich die „samtene Revolution“ in Armenien end-

gültig durchgesetzt. Ein gewaltfreier Sieg, der sich vor allem auf die politische Kultur der Kaukasusnation gründet.

Es ging um die Ablöse einer Elite, die ihre Macht über Jahrzehnte mit Korruption und Vetternwirtschaft abgesichert hatte. Vor allem junge, gut ausgebildete Armenier wollten das nicht mehr hinnehmen und



Nikol Paschinjan, Premier Armeniens

Bild: japantimes.jp – screenshot

forderten von den Politikern mehr soziale Rücksicht und neue Gesichter und Ideen. Die jahrelangen Proteste blieben bis zuletzt friedlich. „Liebe und Respekt für alle. Wenn du dich daran hältst, kannst du sonst machen, was du möchtest“, lautete die Devise. Die Bevölkerung hielt sich daran. Polizisten wurden besungen, erhielten Blumen und immer wieder waren Sprechchöre zu hören: „Die Polizei gehört uns! Die Polizei gehört uns!“

Als sich Teile des Sicherheitsapparates den Demonstranten anschlossen, trat Premier Sargsjan zurück. Die politische Führung war nicht bereit Gewalt anzuwenden. Der rasche und mühelose Erfolg ihrer Proteste überraschte selbst die Demonstranten. Sie waren spontan auf die Straße gegangen, ohne eine oppositionelle politische Organisation an der Spitze oder im Hintergrund. Der Journalist Nikol Paschinjan, der sich im Laufe der Proteste als Anführer der Demonstranten herauskristallisierte, war politisch eher unerfahren. Dieser Wandel zum Besseren, der das Land innerhalb weniger Monate ergriff, war nur möglich, weil es anders als in der Ukraine oder in Venezuela keine Einmischung aus dem Ausland zur Durchsetzung geostrategischer Interessen gab und auch keine Einmischung extrem rechter oder linker Gruppierungen, wie bei den Gelbwesten-Demonstrationen in Frankreich.

Philosophieren – nicht ohne Humor
*Ich freue mich,
wenn es regnet,
denn wenn ich mich
nicht freue, regnet es auch.*

Karl Valentin

Mein Job ist es, dich abgelenkt zu halten, um die öffentliche Debatte einzuschränken. Ich sensationalisiere Randthemen, um deinen Fokus auf das Triviale zu lenken, während du die wichtigsten Fragen ignorierst. Ich stelle den Status Quo niemals in Frage, weil ich in Wirklichkeit Staats- und Konzernpropaganda verbreite. Was ich weglasse, ist wichtiger als das, was ich sage.

Der manipulative Stil heutiger TV-Nachrichten muss sich schnellstens ändern.

Die Gelbwesten

*Ingrid Levavasseur,
Krankenpflegerin;
Sprecherin der Gelb-
westenbewegung in
einer Gesprächsrun-
de im französischen
Fernsehen.*



Levavasseur wird als Spitzenkandidatin die Wahlliste mit dem Namen „Ralliement d’initiative citoyenne“ (Vereinigung der Bürgerinitiative) bei den Europawahlen anführen. Ihre wichtigste Forderung ist die Erweiterung der demokratischen Rechte mit einem Initiativrecht für Volksabstimmungen, ähnlich jenem in der Schweiz.

Was Levavasseur erreichen will, drückt sie so aus: „Wir wollen uns nicht mehr den Beschlüssen europäischer Instanzen und dem Diktat von Eliten und Technokraten beugen, die das Wesentliche vergessen haben: den Menschen, die Solidarität und den Planeten.“

Quellen: infosperber.ch, „Die Presse“ - Bild: screenshot

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

NFÖ - Bundesversammlung

für Mitglieder

Samstag, 9. März, 10-17 Uhr

Ort: Gasthof Hartlwirt, Lieferinger Hauptstr. 120 in **Salzburg**
Zu den Vorträgen am Nachmittag sind auch Gäste willkommen.

Monatstreffen NFÖ-Tirol

jeden 2. Donnerstag im Monat,

Beginn 18 Uhr im Restaurant Löwenhaus,

Innsbruck, Rennweg 5,

Infos unter Telefon 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Monatstreffen NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr,

im Cafe „Frey“, 1040 Wien,

Favoritenstr. 44

Infos unter Telefon 0676-4065409 (G. Grüner)

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos und Grafiken: R. Pomaroli. Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, Telefon: 0699-10086924, buendnis@nfoe.at - Bankverb.: Volksbank, BIC: VBOEATWWINN, IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098